GRIECHENLAND

Findige Bauern

In griechischen Rathäusern werden seit kurzem auch Bestellungen für Kartoffeln entgegengenommen. 32 Cent kostet das Kilo zum Beispiel in zwei Athener Vororten – das ist etwa um die Hälfte billiger als in einem griechischen Supermarkt. Der Grund: Angesichts steigender Lebensmittelpreise haben sich die Bauern vielerorts entschieden, ihre Produkte direkt an die Kommunen zu verkaufen. Zwischenhändler, die die Preise in die Höhe treiben, können so von den Verbrauchern umgangen werden. Was als Graswurzelbewegung in der nordgriechischen Region Pieria begann, breitet sich mittlerweile über das ganze Land aus. Nach den Kartoffelbauern entschlossen sich auch Olivenölproduzenten auf Kreta und nordgriechische Viehzüchter, auf Zwischenhändler zu verzichten. In fast allen größeren Städten kaufen die Griechen Gemüse, Olivenöl, sogar Fleisch nun direkt vom Bauern. Bei der Vermittlung helfen nicht nur die örtlichen Rathäuser, sondern auch das Internet: Auf der Seite otoposmou.gr können die Verbraucher direkt bei den Erzeugern bestellen, die ihrerseits davon profitieren, dass das Preisdumping der Großhändler wegfällt; sie bekommen mehr für ihre Ware. Für die Griechen, deren Gehälter weiter gekürzt werden, sind viele Lebensmittel kaum noch bezahlbar: Die Lebenshaltungskosten liegen inzwischen bis zu 30 Prozent höher als in Deutschland.



Kartoffelverkauf in Thessaloniki

USA

Amerikanische Gestapo



JÖRG STEINMETZ PHOTOGRAPHY

Bestseller-Autor Tim Weiner, 55, über das FBI und dessen früheren Chef J. Edgar Hoover

SPIEGEL: In Ihrem neuen Buch zeichnen Sie ein düsteres Bild der amerikanischen Bundespolizei FBI. Seit der Gründung vor 103 Jahren soll sie kontinuierlich das Gesetz gebrochen haben. Ist sie eine Gefahr für den Rechtsstaat?

Weiner: Das FBI war und ist vor allem ein Machtinstrument des Präsidenten. Bislang hat sich noch jeder unserer Präsidenten als ein Staatschef im Krieg gefühlt. Und in diesen Kriegen war das FBI ein willkommenes Werkzeug zum Spionieren, Intrigieren und zum Machterhalt. Rechtsstaatlichkeit hat nie eine wichtige Rolle gespielt.

SPIEGEL: Wie kein anderer verkörpert J. Edgar Hoover, der die Behörde 48 Jahre lang führte, das FBI. Wie konnte ein einzelner Mann so viel Macht erlangen?

Weiner: Indem er über jeden eine Akte anlegte. Hoover diente nicht dem Gesetz, er war das Gesetz. Präsident Harry Truman warf ihm 1945 sogar vor, eine amerikanische Gestapo aufzubauen. Doch kein Präsident hatte je den Mut, Hoover zu entlassen.

SPIEGEL: Nach den Anschlägen vom 11. September enthüllten Ermittlungen eines der größten Überwachungsprogramme in der Geschichte.

Weiner: Wenn Sie eine Mail von Hamburg nach Karatschi schicken, ist es sehr wahrscheinlich, dass sie irgendwo durch einen US-Server läuft.

SPIEGEL: Wie reagierte das FBI auf die Forderungen der Bush-Regierung, die Überwachung weiter auszudehnen?

Weiner: Irgendwann war das Maß voll. Im März 2004 hatte FBI-Chef Robert



Hoover 1954

ULLSTEIN BILD



SAKIS MITROLIDIS / AFP

Mueller Bedenken und wandte sich an Justizminister Ashcroft. In der gleichen Nacht wurde Ashcroft wegen einer lebensgefährlichen Entzündung der Bauchspeicheldrüse notoperiert. Weil Bush das Programm aber unbedingt verlängern wollte, entsandte das Weiße Haus eine Delegation auf die Intensivstation, um Ashcrofts Unterschrift einzuholen. Als Mueller das hörte, fuhr er ebenfalls hin. Bushs Abgesandte standen schon am Bett des Ministers, aber Ashcroft lehnte ab. Es war eine Szene wie in einem Mafia-Film. Unglaublich.

SPIEGEL: Welchen Einfluss hat die Wahl Obamas auf das FBI gehabt?

Weiner: In den vergangenen drei Jahren hat sich einiges zum Guten verändert. Zum ersten Mal in der Geschichte des FBI kann man davon sprechen, dass sich Freiheit und Sicherheit einigermaßen in einer Balance befinden.

Tim Weiner: „FBI. Die wahre Geschichte einer legendären Organisation“. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main; 704 Seiten; 22,99 Euro.

UGANDA

Jagd auf Kony

„Kony 2012“ heißt die jüngste Internetkampagne der US-amerikanischen Hilfsorganisation „Invisible Children“. Ihr Mitgründer, der Filmemacher Jason Russell, hat es sich zur Aufgabe gemacht, den ugandischen Rebellenführer Joseph Kony hinter Gitter zu bringen. Der selbsternannte „General Gottes“ kommandiert noch immer seine „Lord’s Resistance Army“ (LRA), für die er in den letzten 20 Jahren Tausende Kinder als Soldaten zwangsrekrutierte. Russell und seine Mitstreiter wollen die Welt mit ihrer aktuellen Kampagne aufrütteln – und zumindest das kann als erreicht gelten. Denn innerhalb von nur vier Tagen hatten sich vorige Woche mehr als 70 Millionen Menschen weltweit allein auf den Video-Plattformen wie YouTube und Vimeo den 30-minütigen Film zur Kampagne angesehen. Atemberaubend ist auch die Karriere des Hashtags „#StopKony“ beim Kurznachrichtendienst Twitter. Nachdem im Film und auf der Kampagnen-Website dazu aufgerufen wurde, gezielt US-amerikanische Politiker und Prominente mit „#Kony2012“-Botschaften zu fluten, twitterten unter anderem Popstars wie Rihanna und Justin Bieber Appelle an ihre zahlreichen Follower. Zum Ende der ersten Woche wurde die Kampagne schon in mehr als zehn Millionen Twitter-Beiträgen erwähnt.

Die Internetkarriere der Kampagne wird es als Musterbeispiel für den „viralen Effekt“ wohl in die Lehrbücher schaffen – ein merkwürdiger Erfolg, denn Kony hat den Kampf eigentlich schon verloren. Anders als der Film suggeriert, ist der Norden Ugandas nämlich schon lange nicht mehr das Schlachtfeld; Kony und seine LRA mussten vor sechs Jahren von dort in die Zentralafrikanische Republik und



Videoausschnitt aus „Kony 2012“

in den Kongo fliehen, wo sie nun von ugandischen Soldaten und einer US-amerikanischen Spezialeinheit verfolgt werden. Auch ist seine Truppe auf wohl einige hundert Mann zusammengeschmolzen. Schon vor zehn Jahren hat Kampala ein Amnestie-Programm aufgelegt. Wer seine Waffen abgibt, dem wird Straffreiheit gewährt. Tausende Kämpfer gingen auf das Angebot ein. Ferner verschweigt der Film, dass das ugandische Militär bei der Jagd auf Kony schwere Menschenrechtsverletzungen begangen hat. Afrikanische Medien haben die Aktion von Invisible Children deshalb scharf verurteilt. Der ugandische Publizist Angelo Izama meint: „Die Kampagne wird vor allem ein Ziel erreichen: Invisible Children bekannter zu machen.“

